

Solidarität in der Corona-Krise

Die aktuelle Krise trifft viele Menschen hart. Wie soll man mit dem Kurzarbeitergeld über die Runden kommen? Wie bekommt man "Home Office" und Kinderbetreuung unter einen Hut. Wie organisiert man die Pflege und Betreuung seiner Angehörigen? Die Krise hat noch einmal den Widerspruch zwischen rechtlicher Gleichheit und tatsächlicher sozialer Ungleichheit deutlich gemacht. Kontaktbeschränkungen gelten für alle, haben aber je nach sozialer Lage (Einkommen, Vermögen, Wohnsituation, IT-Ausstattung) völlig unterschiedliche Auswirkungen. Erneut sind alleinerziehenden Frauen stark betroffen.

Wie kommen wir aus der Krise?

Die Rufe nach Lockerungen werden immer lauter. Häufig bestimmen Interessen der Wirtschaft den Zeitplan nach dem "Lockdown". Die Rückkehr zum alten Produktionsniveau und die Öffnung von Einkaufszentren haben Vorrang vor Kitas und Schulen. Durch die Spielräume, die sich im Kampf gegen das Virus ergeben, müssen Kinder, Jugendliche und Eltern entlastet werden. Unternehmen müssen unterstützt werden, um Arbeitsplätze zu erhalten, nicht um Profite zu sichern.

Mundschutz ist kein Maulkorb!

DIE LINKE kämpft dafür, dass auch in der Pandemie Grundrechte erhalten bleiben. Jede Einschränkung muss verhältnismäßig sein, überprüfbar, zeitlich befristet und auf das Ziel des Gesundheitsschutzes bezogen. Das Versammlungsrecht muss auch unter Corona gelten. Deshalb hat sich DIE LINKE an vielen Veranstaltungen zum 1. und 8. Mai beteiligt, um die Kämpfe für bessere Bezahlung und ein antifaschistisches Gedenken zu unterstützen. Bei Demonstrationen und Kundgebungen ist es auch wichtig, auf den Sicherheitsabstand und auf die Maßnahmen zum Gesundheitsschutz zu achten.

Es darf keine Entmachtung der Parlamente in Bund, Ländern oder Kommunen geben, keine (Selbst-)Ermächtigung der Exekutive. Daher setzt sich DIE LINKE für die parlamentarische Kontrolle der Regierenden ein.

Solidarität ist keine Verschwörung

Inzwischen gibt es auch in Hessen eine Reihe von „Grundgesetz“-Demonstrationen, bei denen ganz unterschiedliche Menschen zusammenkommen. Viele fühlen sich von den politischen Entscheidungen ausgeschlossen und kritisieren die unsozialen Auswirkungen



mancher Regierungsmaßnahmen. Doch viele Meinungen, die dort geäußert werden, halten wir für falsch und inakzeptabel: Da ist die Rede von „Diktatur“, werden Parallelen zum Dritten Reich gezogen, vor Zwangsimpfungen oder vor einer „Verschwörung“ gewarnt. Und außerdem: AfD, Pegida und extreme Rechte marschieren mit. Es gibt den neuen „Widerstand 2020“, der sich - von AfD-Funktionären organisiert - gegen ein "Corona-Regime" wendet.

Diese Kräfte schüren gezielt Ängste. Wer Abstandsgebote und Mundschutz nur als Einschränkung von Freiheitsrechten und nicht als Schutz von Risikogruppen (und das können wir alle oder unsere Angehörigen sein) sieht, der befördert eine Denkweise, nach der nur die Stärksten ein Recht auf Leben haben.

Jetzt die richtigen Fragen stellen

DIE LINKE lehnt die Leugnung oder Relativierung der Pandemie ab. Maßnahmen zur Eindämmung des Virus und zum Schutz der Gesundheit sind lebensnotwendig. Darüber welche Maßnahmen zu ergreifen sind, darf und muss gestritten werden. Anstatt mit Verschwörungstheorien an der Seite von rechten Gruppen vom Thema abzulenken, sollten wir unsere Energie auf die wichtigere Frage verwenden: Wer zahlt für die Krise?

DIE LINKE nimmt es nicht hin, dass wie bei der Finanzkrise die Reichen ungeschoren bleiben und die Krisenlast durch Steuererhöhungen und Kürzungen auf die mittleren und kleinen Einkommen abgewälzt wird. Wir fordern eine Abgabe auf große Vermögen nach dem Vorbild des Lastenausgleichs von 1952, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine höhere Besteuerung der großen Erbschaften und Einkommen.

Keine bedingungslose Staatshilfe

Während die Regierenden bereitwillig Konzerne unterstützen, sind sie nicht in der Lage, eine staatliche Produktion von Schutz-

ausrüstungen und medizinischen Geräten zu organisieren. Für DIE LINKE ist klar: Wo öffentliches Geld fließt, muss öffentliches Eigentum und eine Einflussnahme auf unternehmerische Entscheidungen entstehen. Der Erhalt von Arbeitsplätzen hat dabei Vorrang.

Von den Unternehmen fordern wir:

- Anhebung des Kurzarbeitergelds auf 90 Prozent;
- höhere Löhne für die Beschäftigten in den „systemrelevanten Berufen“ (Pflege, Handel, Transport, Paketdienste usw.);
- Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten vor Ansteckung;
- Kurzarbeit und Arbeitszeitverkürzungen statt Entlassungen und Lohnkürzungen, die die Konjunktur weiter abwürgen würden.

Viele prekär Beschäftigte, Leiharbeiter*innen und Solo-Selbständige, die arbeitslos werden, fallen gleich unter das Hartz-IV-Regime. Das macht erneut die Notwendigkeit seiner Abschaffung und der Einführung einer Grundsicherung von 1200 Euro sowie eines Arbeitslosengeldes II deutlich, das unbegrenzt bezahlt werden soll.

Außerdem fordert DIE LINKE:

- Mietenstopp für alle Haushalte;
- bessere Absicherung von Alleinerziehenden und Familien;
- ein krisenfestes Gesundheitssystem das Profitinteressen entzogen wird.



Allerheiligentor 2-4
60311 Frankfurt am Main
E-Mail: info@die-linke-hessen.de